

Commentaires Nr. 33

Frankfurt, 30. Juni 2024

Mit dem Ergebnis des ersten Wahlgangs der Parlamentswahlen in Frankreich werden die Trends der Europawahl verstärkt. Der Rechtsradikalismus legt zu, wie es schon bei den Europawahlen der Fall war. Auch in Deutschland legte die AfD trotz Skandale um ihre Spitzenkandidaten auf 15,6 % zu und ist nun kurz vor den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg dort mit Abstand stärkste politische Kraft. Die Grünen hatten in Europa die stärksten Verluste: Umweltfragen spielten kaum eine Rolle, anders als bei den Wahlen 2019 die durch „Fridays for future“ geprägt wurden. Vielmehr waren es nationale Themen wie die Rentenreform, die im Mittelpunkt standen. Das überraschendste Ergebnis der Europawahlen war jedoch die Auflösung des französischen Parlaments durch Emmanuel Macron. Diese Entscheidung ist konsequent, aber gefährlich.

Emmanuel Macron hoffte auf drei Verteidigungslinien, um größeres Übel zu verhindern. Die erste Verteidigungslinie sind die vorgezogenen Wahlen selbst. Anders als bei der Verhältniswahl der Europawahlen, werden die Abgeordneten der *Assemblée nationale* einzeln in 577 Wahlbezirken in zwei Wahlgängen gewählt. Im ersten Wahlgang ist die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen (und 25 % aller Wahlberechtigten) für den Wahlsieg erforderlich. Die Hoffnung, dass die verschiedenen Parteien im linken und konservativen Lager sich in der kurzen Zeit nicht auf gemeinsame Kandidaten einigen könnten, ist zum großen Teil gescheitert. Im linken Lager haben Sozialisten, Grüne, Kommunisten und die linksradikale Partei "Unbeugsames Frankreich" („La France Insoumise“) überraschend schnell eine „Neue Volksfront“ („Nouveau Front Populaire“) gebildet, in Anspielung auf den Front Populaire, der 1936 den ersten bezahlten Urlaub eingeführt hatte. Sie erhalten mit 28 % der Stimmen das zweitbeste Ergebnis. Der Rassemblement National (RN) hat mit über 33 % seine Spitzenposition der Europawahlen um 2 % ausgebaut. Macron hoffte seine Kandidaten als beste Alternative zum Rechtsradikalismus zu positionieren: diese sind aber mit 21 % der Stimmen nur drittplatziert.

Am 7. Juli findet der zweite Wahlgang statt, bei welchem es darum geht, ob der RN die absolute Mehrheit im Parlament erreicht. Die Zersplitterung des Parteiensystems hat dazu geführt, dass sich in jedem dritten Wahlbezirk drei Kandidaten qualifizieren dürfen. Die erste Frage ist nun, ob die Parteien über die ideologischen Gräben springen wollen, um eine Front gegen den RN zu bilden. Das Macron-Lager und das linksradikale Bündnis haben sich dazu entschlossen: ist einer ihrer Kandidaten drittplatziert, soll er sich zu Gunsten des besser platzierten Kandidaten zurückziehen, um den RN-Kandidaten zu besiegen. Die konservativen Republikaner bleiben gespalten: 62 Kandidaten folgten im ersten Wahlgang dem Parteipräsidenten Eric Ciotti, und gingen ein Wahlbündnis mit dem RN ein. Die große Mehrheit der republikanischen Kandidaten aber stellte sich gegen den RN-Kandidaten auf. Diejenigen, die drittplatziert sind, müssen sich nun fragen ob sie sich zu Gunsten eines besser Platzierten Kandidaten des Macron-Lagers oder des linken Lagers zurückziehen.

Am wahrscheinlichsten ist somit, dass der RN die absolute Mehrheit im Parlament zwar verfehlt, aber die größte Fraktion stellt und auf weitere abtrünnige Republikaner hofft. Emmanuel Macron hofft seinerseits auf eine „republikanische Front“ im Parlament mit allen sonstigen Parteien und einem konsensfähigen Premier Minister.

Dann käme die zweite Verteidigungslinie zum Tragen: der französische Präsident verfügt über bedeutende Rechte (z.B. Artikel 5 und 15 der Verfassung). Er bestimmt die Außen- und Sicherheitspolitik, gibt nicht nur seine Unterschrift, sondern ernennt die Hohen Beamten (Art. 13) und ist „Garant der Institutionen“: in dieser letzten Funktion verweigerte François Mitterrand die Verabschiedung des ein oder anderen Gesetzes während der ersten „cohabitation“, nicht aber die Privatisierung der von ihm zuvor verstaatlichten Unternehmen.

Die Umsetzung der Wirtschaftspolitik des RN (oder der Volksfront) wäre gefährlich. Die Angst, dass es dazu kommen könnte, wächst: die Rentenreform würde erneut gekippt und das Rentenalter auf 60 Jahre gesenkt, die Mehrwertsteuer auf Energieprodukte auf 5,5 % gesenkt, die unter 30-Jährigen würden von der Einkommenssteuer befreit...Programme, die Defizite noch deutlich über die aktuellen 5,5 % ausweiten würden. Und dies, obwohl die EU-Kommission gerade gegen Frankreich (und 6 weitere Staaten) ein Defizitverfahren eingeleitet hat. Die Zinslast der wachsenden Verschuldung würden steigen und die Haushaltsspielräume weiter einschränken. Schon jetzt ist der Zinsunterschied zum deutschen Bund von 30 auf 80 Basis-Punkte gestiegen.

Auch Unternehmen würden mehr für ihre Kredite zahlen müssen und ihre Wettbewerbsfähigkeit wäre entsprechend geschwächt. Bauunternehmen fürchten um ihre Arbeitskräfte (30 % sind Ausländer). Die

Tourismus- und Luxusbranchen fürchten den schlechteren Ruf, die Immobilienbranche die gestiegenen Zinsen und der Handel eine verschlechterte Kaufstimmung. All dies würde nach drei Jahren des wirtschaftlichen Misserfolgs dazu führen, dass Marine Le Pen die Präsidentschaftswahl verliert. Der Traum wäre ausgelebt und geplatzt, so die Hoffnung.

Europa wäre weiter gespalten und somit geschwächt. Insbesondere gegenüber Russland wäre die Handlungsfähigkeit erschwert: Russland hat den RN (wie auch die AfD) finanziert. Auch die Definition einer europäischen Verteidigungspolitik und der Abbau von ungewünschten wirtschaftlichen Abhängigkeiten wären erschwert.

Dabei hat der im April vorgestellte „**Letta-Bericht**“ zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit gezeigt, dass insbesondere in den Bereichen Energie, Kommunikationsnetze und Finanzdienstleistungen grenzüberschreitend agiert werden muss. Wie groß die Herausforderung ist, zeigt der Telekom-Bereich: Ein chinesisches Telekom-Unternehmen kann seine Innovationskosten auf 450 Millionen Verbraucher, ein Amerikanisches auf 150 Millionen und ein Europäisches auf nur...7 Millionen verteilen.

Auch die europäische Haltung im **Ukraine-Krieg** wäre demzufolge erschwert, und dies zu einem Zeitpunkt der immer wahrscheinlicher werdenden Wiederwahl von Trump in den USA. Anzumerken ist, dass Europa nun die Ukraine deutlich mehr unterstützt als die USA, und Frankreich schon jetzt dabei nur eine kleine Rolle spielt.

Ukraine-Hilfe (Zahlen in Mrd. Euro)

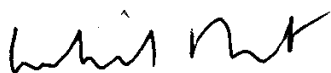
	Insgesamt	Finanziell	Humanitär	Militär
USA	105,9	33,3	2,8	69,8
UK	17,6	6,5	0,6	10,5
EU insgesamt	162,3	90,3	10,4	61,7
EU	85,3	82,8	2,5	
Deutschland	24,7	1,5	3,3	20,0
Frankreich	7,3	0,9	0,4	6,1
Norwegen	8,0	3,6	0,4	4,0
Niederlande	11,6	1,1	1,2	9,3
Dänemark	10,0	0,1	0,3	9,6

Quelle: Kieler Institut für Weltwirtschaft, Ukraine support Tracker, Daten per 30. April 2024

Ob es dem deutsch-französischen Sportsommer gelingt (Fußball-EM hier, Olympischen Spiele dort), die Gesellschaften zu kitten bleibt offen, insbesondere in Frankreich, welches mit Kater erwacht.

Der Hoffnungsschimmer kommt aus Brüssel, insofern gerade noch rechtzeitig eine Koalition zwischen Christdemokraten der EVP, Sozialdemokraten und Liberalen geschmiedet werden konnte, um der neuen Kommission unter der Leitung von Ursula von der Leyen eine stabile Mehrheit zu sichern.

Es gilt der Spruch von Hannah Arendt: „*Der beste Weg, um die Zukunft zu kennen, ist Versprechen zu machen, die eingehalten werden.*“



Christophe Braouet

Commentaires Nr. 33

Francfort, 30 juin 2024

Le résultat du premier tour des élections législatives en France renforce les tendances des élections européennes. L'extrême droite progresse en France, comme cela avait déjà été le cas lors des élections européennes. En Allemagne également, où l'AfD a progressé à 15,6 % -malgré les scandales entourant ses têtes de liste- et se trouver être désormais de loin la première force politique dans les Länder de Saxe, de Thuringe et de Brandebourg, où auront lieu des élections régionales en septembre prochain. Ce sont les Verts qui ont subi les plus fortes pertes lors des européennes: les questions environnementales n'ont guère joué de rôle, contrairement aux élections de 2019, marquées par "Friday for future". Ce sont les questions nationales, comme la réforme des retraites, qui ont occupé le devant de la scène. Le résultat direct le plus surprenant des élections européennes fut néanmoins la dissolution surprise du Parlement français par Emmanuel Macron. Cette décision est cohérente, mais dangereuse.

Emmanuel Macron espérait pouvoir compter sur trois lignes de défense pour éviter un plus grand mal. La première ligne de défense, ce sont les élections anticipées elles-mêmes. Contrairement au scrutin proportionnel des élections européennes, les députés de l'*Assemblée nationale* sont élus dans 577 circonscriptions, au scrutin uninominal à deux tours. Au premier tour, la majorité absolue des suffrages exprimés (et 25 % de l'ensemble des électeurs) est nécessaire pour remporter les élections. L'espoir que les différents partis de gauche et de droite ne parviennent pas à s'entendre sur des candidats communs dans un délai aussi court a en grande partie échoué. À gauche, les socialistes, les Verts, les communistes et "La France Insoumise" ont créé rapidement un "Nouveau Front Populaire (NFP)", en référence au Front Populaire de Léon Blum, qui avait introduit les premiers congés payés en 1936. Ils obtiennent le deuxième meilleur résultat avec 28 % des voix. Avec plus de 33 %, le Rassemblement national (RN) a augmenté de 2 % son résultat des élections européennes. Macron espérait positionner ses candidats comme la meilleure alternative à l'extrême droite: ils n'arrivent toutefois qu'en troisième position avec 21 % des voix.

Le 7 juillet aura lieu le second tour des élections, au cours duquel il s'agira de savoir si le RN obtient la majorité absolue au Parlement. L'éclatement du système partisan a eu pour conséquence que dans une circonscription sur trois candidats peuvent se qualifier. La première question est maintenant de savoir si les partis veulent dépasser les clivages idéologiques pour former un front républicain contre le RN. Le camp Macron et le NFP en ont décidé ainsi : si l'un de leurs candidats est arrivé en troisième position, il devra se retirer au profit du candidat le mieux placé pour battre le candidat RN. Les républicains restent divisés : 62 candidats ont suivi le président du parti, Eric Ciotti, et ont conclu une alliance électorale avec le RN. Mais la grande majorité des candidats républicains se sont opposés au RN au premier tour. Ceux qui sont arrivés en troisième position doivent maintenant se demander s'ils vont se retirer en faveur d'un candidat mieux placé d'un autre camp.

Le plus probable est que le RN n'obtienne pas la majorité absolue au Parlement, mais le groupe parlementaire le plus important et espère que d'autres républicains le rejoindront. Emmanuel Macron espère pour sa part un "front républicain" au Parlement avec tous les autres partis soutenant un Premier ministre consensuel.

La deuxième ligne de défense entrerait alors en jeu: le président français dispose de droits importants (p. ex. articles 5 et 15 de la Constitution). Il définit la politique étrangère et de sécurité, ne se contente pas d'apposer sa signature, mais nomme les hauts fonctionnaires (Art. 13) et est "garant des institutions": c'est à ce titre que François Mitterrand a refusé de voter l'une ou l'autre loi lors de la première "cohabitation", mais pas la privatisation des entreprises qu'il avait nationalisées auparavant.

La mise en œuvre de la politique économique du RN (ou du Front populaire) serait dangereuse. On craint de plus en plus que cela ne se produise : la réforme des retraites serait à nouveau annulée et l'âge de la retraite abaissé à 60 ans, la TVA sur les produits énergétiques serait abaissée à 5,5 %, les moins de 30 ans seraient exonérés de l'impôt sur le revenu... des programmes qui creuseraient encore les déficits bien au-delà des 5,5 % actuels. Et ce, alors que la Commission européenne vient d'engager une procédure pour déficit excessif contre la France (et 6 autres Etats). La charge d'intérêt de l'endettement croissant augmenterait et réduirait encore les marges de manœuvre budgétaires. Déjà, l'écart de taux d'intérêt avec le Bund allemand est passé de 30 à 80 points de base.

Les entreprises subiraient également la hausse des taux et leur compétitivité s'en trouverait affaiblie d'autant. Les entreprises de construction craignent pour leur main-d'œuvre (30 % sont des étrangers). Les secteurs du tourisme et du luxe craignent la détérioration de leur réputation, le secteur immobilier la hausse des taux d'intérêt et le commerce de détail la détérioration du climat d'achat. Tout cela conduirait, après trois ans d'échec économique, à une défaite de Marine Le Pen aux élections présidentielles, avec l'espoir que les promesses ne se soient pas traduites dans les faits et que le rêve soit brisé.

L'Europe serait encore plus divisée et donc affaiblie. La capacité d'action serait notamment plus difficile vis-à-vis de la Russie : celle-ci a financé le RN ainsi que l'AfD. Il serait également plus difficile de définir une politique de défense et de réduire les dépendances économiques indésirables.

Pourtant, le "**rapport Letta**" sur la compétitivité européenne, présenté en avril, a montré qu'il fallait agir au-delà des frontières, notamment dans les domaines de l'énergie, des réseaux de communication et des services financiers. Le secteur des télécommunications montre l'ampleur du défi : une entreprise de télécommunications chinoise peut répartir ses coûts d'innovation sur 450 millions de consommateurs, une américaine sur 150 millions et une européenne sur seulement...7 millions.

La position de l'Europe dans la **guerre en Ukraine** serait donc également rendue plus difficile, et ce à un moment où la réélection de Trump aux Etats-Unis est de plus en plus probable. Il convient de noter que l'Europe soutient désormais nettement plus l'Ukraine que les Etats-Unis, et que la France ne joue déjà qu'un rôle mineur.

Aide à l'Ukraine (chiffres en milliards d'euros)

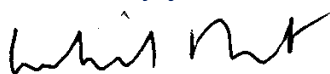
	Total	Financière	Humanitaire	Militaire
ÉTATS-UNIS	105,9	33,3	2,8	69,8
GB	17,6	6,5	0,6	10,5
TOTAL UE	162,3	90,3	10,4	61,7
UE	85,3	82,8	2,5	
Allemagne	24,7	1,5	3,3	20,0
France	7,3	0,9	0,4	6,1
Norvège	8,0	3,6	0,4	4,0
Pays-Bas	11,6	1,1	1,2	9,3
Danemark	10,0	0,1	0,3	9,6

Source : Kieler Institut für Weltwirtschaft, Ukraine support Tracker, données au 30 avril 2024

Reste à savoir si l'été sportif franco-allemand (les JO ici, la coupe d'Europe du Foot là) parviendra à unir les sociétés civiles, et notamment la France, qui se réveille avec la gueule de bois.

La lueur d'espoir vient de Bruxelles, dans la mesure où - juste à temps- les chrétiens-démocrates du PPE, les sociaux-démocrates et les libéraux ont pu forer une coalition pour assurer une majorité stable à une nouvelle Commission sous la présidence d'Ursula von der Leyen. "

"La meilleure façon de connaître l'avenir, c'est de faire des promesses que l'on tient", disait Hannah Arendt.



Christophe Braouet